

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1919

25 (25.1.1919) Erstes und Zweites Blatt

Preis: In Karlsruhe frei im Haus geliefert vierteljährlich 4.00 M., monatlich 1.35 M., an den Ausgabestellen abgeholt monatlich 1.20 M. Auswärts durch die Post frei in 8 Tagen abwärts vierteljährlich 4.17 M., Einzelnummer 10 Pf.

Berlin, Schriftleitung und Geschäftsstelle: Ritterstraße 1.

Karlsruher Tagblatt

Inhalt: Die achtelst Kolonelle von deren Stamm 25 Pf. Nefflame, 1 Mf. an erli. Stelle 1.20 Mf. Auf die Breite 30% Steuerungsabgabe. Robert nach Tarif. Anzeigen-Annahme bis 12 Uhr mittags. Kleinere Anzeigen bis 4 Uhr nachmittags. Fernsprechamt Nr. 200. Geschäftsstelle Nr. 200. Berlin Nr. 297. Schriftleitung Nr. 20 u. 894.

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift „Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Gesamtleitung: Gustav Nepperl, verantwortlich für den Inhalt: Martin Dolsinger, verantwortlich für den badischen und lokalen Teil, Volkswirtschaft und äbrige Gebiete: Heinrich Gerbardi; für Inserate: Paul Kuhnmann, Druck und Verlag: G. H. Müller'sche Buchdruckerei in Karlsruhe. Berliner Redaktion: Dr. Kurt Dietrich, Ardennean. Druckstraße 65/66, Tel.-Amt Umland 2902. Für unverlangte Manuskripte oder Druckfahnen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beifolgt ist.

116. Jahrg. Nr. 25.

Samstag, den 25. Januar 1919

Erstes Blatt.

Die Aufgaben der Nationalversammlung.

Von Dr. Jund, M. d. R.

Die Nationalversammlung soll, wie wir gehört haben, am 6. Februar zusammentreten. Was aber ihre eigentlichen Aufgaben anlangt, so fehlt es zunächst an klaren Umrissen, und es drängt sich eine ganze Menge von staatsrechtlichen Zweifeln auf. So ist in dem Wahlgesetz, das die Reichsregierung am 30. November 1918 erließ, nur von den Wahlen selbst die Rede. Doch bezeichnet § 1 das zu wählende Parlament als „verfassungsgebende deutsche Nationalversammlung“. Sollen hiermit etwa ihre Aufgaben erschöpfend angegeben werden?

Zunächst eine Vorbemerkung. Es handelt sich keineswegs um eine neue „Reichsgründung“, sondern nur um eine neue Verfassung für das alte, jetzt noch bestehende Reich. Wir würden dies nicht besonders hervorheben, wenn nicht in einem, an sich interessanten, solchen erstensenen Buche von Eiter-Somlo (die Verfassungs-Urkunde der vereinigten Staaten von Deutschland) der Gedanke ausgesprochen worden wäre: gegenwärtig sei das deutsche Volk in einem Gesamtstaate nicht mehr organisiert, das Deutsche Reich bestehe verfassungsmäßig nicht mehr. Aus dem Begriff des staatsrechtlichen Defizits von Kaiser, Bundesrat und Reichstag wird hier kurzweg die Folgerung gezogen, daß auch das Deutsche Reich als verfassungsrechtliches Gebilde verschwunden sei. Falls dies wirklich die Auffassung Eiter-Somlos sein sollte, müßte sie lebhaft beanstandet werden. Ihr widerspricht schon, daß wir doch tatsächlich noch eine Reichsregierung haben, die in der Form der Bundesregierung besteht, und zwar mit Gültigkeit für das ganze Reich. Auch die Einberufung einer Nationalversammlung an sich, und zwar durch den Rat der Volksbeauftragten, der doch ein Organ des Reiches ist, setzt das Dasein des Reiches voraus und bestätigt es zugleich. Nur seine bisherigen Organe sind weggefallen. Aber das Reich lebt noch und wird zurzeit durch den Rat der Volksbeauftragten und den Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte vertreten. Höchstens könnten also die Beschlüsse der Nationalversammlung selber zu einer Auflösung des Reiches führen — ein übrigens unmöglicher Fall, wenn nicht alle Zeichen trügen. Nicht eine Reichsgründung, sondern eine neue Reichsverfassung ist also die Aufgabe der am 19. Januar gewählten Nationalversammlung.

Aber auch ihre alleinige Aufgabe? Oder ist die Aufgabe eine doppelte? Soll sie etwa zugleich „Konstituante“ und zugleich Volksvertretung eines schon bestehenden, aber in seinen Einrichtungen noch nicht geordneten Staates sein? In diesem Sinne äußert sich Prof. Brandenburg, Leipzig, in seiner Schrift „Wie gestalten wir unsere künftige Verfassung?“ Vergewen wir unsere künftige Verfassung aus der einen oder der anderen Auffassung zu ziehen sein würden. Wäre die Nationalversammlung nur Konstituante, so müßte sie sich eben auf die neue Verfassung beschränken, und wäre sie für sonstige materielle Gesetzgebung nicht zuständig, z. B. nicht für den Erlass von Steuererlassen, ja nicht einmal zum parlamentarischen Abschluß eines etwaigen Friedens und des Völkerbundes. Im anderen Falle dagegen wäre ihre gesetzgebende Gewalt schlechthin unbeschränkt und sie wäre auch gleich zur sofortigen materiellen Gesetzgebung berufen und befähigt. Wir äßern nicht, auszusprechen, daß wir letzterer Meinung sind. Wir begründen dies wie folgt.

Die jetzige Reichsregierung beruht ganz allein auf der Revolution. Sie ist zurzeit tatsächlich im Besitze der Gewalt. Die Ausübung der Gewalt durch die jetzige Reichsregierung läßt sich auch staatsrechtlich rechtfertigen, insofern nämlich (vgl. Meyer-Anschütz, „Deutsches Staatsrecht“ S. 20) über die Befugnis zur Ausübung der Staatsgewalt nicht deren rechtmäßiger Erwerb, sondern der tatsächliche Besitz der Gewalt entscheidet. Der Besitz gilt hier dem Rechte gleich. Daher steht auch der jetzigen Reichsregierung, trotzdem sie der konstitutionellen Ausgestaltung entbehrt, das Recht der Gesetzgebung zu, und die von ihr erlassenen Gesetze, die teilweise in das bestehende Rechtssystem tief einschneiden, sind in ihrer Gültigkeit nicht zu beanstanden. Es hat keinen Zweck, gegen dieses Ergebnis das Rechtsgefühl des modernen, konstitutionell denkenden Staatsbürgers aufzurufen. Das Ergebnis ist gewiß bedauerlich und schreit geradezu nach Beseitigung. Aber es hätte keinen Zweck, den jetzigen Zustand einfach als verfassungswidrig zu bezeichnen und damit seine rechtliche Existenz zu leugnen. Nebriges würde es dem Vaterlande kaum dienen, wenn man ihn kurzweg „ex lege“ und alle „Verordnungen“ der Revolutionsregierung als ungültig behandeln wollte. Höchste Rechtsunsicherheit wäre die Folge.

In dem Augenblick aber, in dem die Nationalversammlung zusammentritt, ist das Recht der Volksbeauftragten und des Zentralrates erloschen und die souveräne Gewalt im Reich ist auf die Nationalversammlung übergegangen.

Denn mit der Wahl der Nationalversammlung hat das deutsche Volk als Ganzes, also im Gegensatz zu der jetzt herrschenden einzelnen Gesellschaftsklasse, sein Geschick wieder in die Hände genommen. Niemand bestreitet, daß das Volk als solches souverän ist. Dies ist auch zweifellos der Wille der jetzigen Gewalthaber,

Preuß und Preußen.

V. Von unserer Berliner Redaktion wird uns gedruckt:

Bei den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung ist bekanntlich der ehemalige preussische Kultusminister Adolf Hoffmann durch seine ungeschickten kircheneindlichen Verordnungen zum besten Freund des Zentrums geworden, dem Tausende empörter Katholiken, die sonst wohl anders gewählt hätten, sich nun wieder zugewandt haben. Es scheint, als ob der Verfassungsentwurf, den der Staatssekretär Dr. Preuß ausgearbeitet hat, für die bürgerlichen und vor allem für die rechtsstehenden Parteien jetzt eine ähnliche Rolle spielen wird. Bekanntlich wird durch diesen Entwurf der Bestand des historischen Königreichs Preußen rückwärts und radikal in eine Anzahl kleiner Bundesstaaten geteilt, die zum Teil noch mit außerpreussischen Gebieten zusammengepackt werden. Gegen diesen Radikalismus hat vor Wochen der Ausschuss der Obmänner der Deutschen Demokratischen Partei des Reichswahl-Bezirksverbandes durch den Beschluß Stellung genommen, für die preussische Nationalversammlung nur solche Kandidaten vorzuschlagen, die gegen jeden auf Zurückbildung hinzielenden Antrag stimmen würden. Und noch gestern hat eine große Versammlung derselben Partei in Berlin eine Entschließung gefaßt, ihren ganzen Einfluß gegen die Zurückbildung Preußens geltend zu machen.

Was hier in würdiger und entschiedener Weise von der bürgerlichen linken Partei vorgebracht wird, wird natürlich von den Rechtsparteien, der Deutsch-Nationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei, besonders heftig betont und agitatorisch auch zu rein politischen Zwecken ausgenutzt. In den letzten Tagen konnte man überall im Publikum die wachsende Empörung darüber feststellen, daß ein durch die Revolution auf den Ministerstuhl gelangter Gelehrter und Parteipolitiker so gänzlich doctrinär die überkommene vaterländische Zusammengehörigkeit der tief gewurzten historischen Ueberlieferung durch wenige Fehersprüche zu zerstören sich vermisst. Es ist nicht zuviel gesagt, daß es infolge der Veröffentlichung jenes Entwurfes bei den Wahlen für die preussische Nationalversammlung am 26. Januar um die Frage des Fortbestandes nicht des alten Preußens im Jure, sondern des alten Preußens als das stolze geliebte Vaterland von etwa 40 Millionen Menschen gehen wird. Da die rechtsstehenden Parteien für Preußen jetzt wie früher ganz besonders betont, werden aus diesem Grunde viele Männer ihnen diesmal ihre Stimme geben, die sonst vielleicht für einen mehr liberalen Kandidaten eingetreten wären. Man sieht von neuem, daß der Radikalismus doch ein schlechter Berater ist und oft das entgegengesetzte Ziel von dem gemeintlichen erreicht. Uebrigens hat die Schriftlichkeit der Herrn Preuß nicht nur in Preußen, sondern auch sonst in Deutschland scharfen Widerspruch hervorgerufen. Wie man hört, liegen in Berlin Einprüche von nicht weniger als 15 Bundesregierungen vor; es ist sehr erfreulich, daß gerade auch von süddeutscher Seite die Bedeutung Preußens für Deutschland und der Wert einer mehr organischen Entwicklung der Dinge anerkannt wird. Man weiß dort eben, daß selbstverständlich von einer Vornachstellung Preußens, wie sie sich in dem alten Reich herausgebildet hatte, nie mehr die Rede sein kann. Man hat aber auch in den letzten Monaten mit Schandern erfahren, welche katastrophalen Folgen gerade in dem noch kulturell reicher Osten und Norden Deutschlands ein vorschnelles Zerlegen der alten Formen hat.

Es kann auch wohl jetzt schon gesagt werden, daß das Gefühl der Enttäuschung bei so mandch führenden sozialistischen Politikern und Regierungsmännern bereits stark geworden ist, so daß man weitere Entschließungen erwarten darf, die freilich den Born der Unabhängigen erregen werden, aber unumgänglich notwendig sind, um den völligen wirtschaftlichen und auch politischen Zusammenbruch abzuwehren. In erster Linie dürfte dabei eine Neuordnung der Arbeitslosenfürsorge stehen, die in irgend einer Weise mit einer Arbeitsverpflichtung verbunden werden muß. Gleichzeitg wird der wilden Sozialisierungstucht besonders der A. und S.-Räte in den Industriebezirken durch ein großzügiges, aber vorsichtiges Regierungsprogramm jeder Boden entzogen werden.

Eine Berliner Entsch.

Berlin, 24. Jan. Eine der neugegründeten Mitteilungszeitungen verbreitete in sensationeller Ausmachung die Nachricht, daß für die Einziehung

der sich selbst mehrfach als „provisorisch“ bezeichnet und gerade durch die Veranstaltung der Wahlen zur Nationalversammlung zum Ausdruck gebracht haben, daß sie sich dem Willen des ganzen Volkes in echt demokratischer Gesinnung fügen wollen. Damit soll nicht etwa gesagt sein, daß mit dem Zusammentritt der

aller wehrfähigen Männer bis zum 30. Lebensjahre die notwendigen Vorbereitungen getroffen werden. Diese Nachricht ist in ihrem vollen Umfange falsch.

Unsere Versorgung.

Herabsetzung der Kartoffelration. — Erhöhung der Fleischration.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 24. Jan. Da der gegenwärtige Stand unserer Kartoffelversorgung möglichst sparsame Wirtschaft erfordert, hat der Staatssekretär des Reichs- und Ernährungsamtes zur Erredung der vorhandenen Bestände angeordnet, daß vom 3. Februar ab die wöchentliche Kartoffelration der Versorgungsberechtigten in sämtlichen Kommunalverbänden auf fünf Pfund herabgesetzt wird. Vom gleichen Zeitpunkt an hat die Einschränkung der täglichen Ration für Selbstversorger von 1 1/2 Pfund auf 1 Pfund zu erfolgen. Die Reichskartoffelstelle ist angewiesen, alles Nötige zu veranlassen. Um für die notwendige Einschränkung der Kartoffelversorgung einen Ausgleich zu schaffen, ist vom 3. Februar an die Wochenration für Fleisch für die Versorgungsberechtigten um je 100 Gramm erhöht worden, so daß in den Gemeinden bis zu 50 000 Einwohnern statt der bisherigen 100 Gramm wöchentlich 200 Gramm, in Dörfern von über 50 000 bis unter 100 000 Einwohnern statt der bisherigen 150 Gramm 250 Gramm und in den Städten über 100 000 Einwohnern statt der bisherigen 200 Gramm 300 Gramm auf den Kopf in der Woche unter Fortfall der Schwerk- und Schwerarbeiterzulagen (abgesehen von den Vergarbeiterzulagen unter Tage, die bestehen bleiben), demnach gleichmäßig an alle Versorgungsberechtigten zur Ausgabe gelangt. Gleichzeitig ist die den Selbstversorgern zuzehende Wochenmenge von 400 Gramm wieder auf den früheren Satz von 500 Gramm erhöht worden.

Aus der Sitzung der Waffenstillstandskommission.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 24. Jan. In der Sitzung der internationalen Waffenstillstandskommission in Spaa vom 22. Januar erhebt der Vorsitzende der französischen Kommission, General Ludant, die Rede, daß von den deutschereits zu liefernden 5000 Lastautomobilen bis zum 20. Januar nur 4239 übergeben worden sind. Er stellt fest, daß hier schlechte Wille vorliege. Die deutsche Kommission verspricht eine schriftliche Antwort und erklärt zunächst, die Verzögerung liege an den bereits bei der Abfertigung des Eisenbahnmaterials zurückgebliebenen Kriechen, vor allem an den alliierten Liefernahmungskommissionen. Der französische Vorsitzende sieht sich durch diese Darlegung veranlaßt, seinen Vorwurf „schlechter Wille“ zurückzunehmen.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung überreichte der englische Vertreter die Mitteilung, daß General von Petrov-Porche sich nach in Dar-es-Salaam befindet, seine Abreise nach Europa jedoch bevorstehe. Die deutsche Waffenstillstandskommission übermittelte der Entente jedoch eine Note, in der sie erneut auf eine endgültige Entscheidung über das Schicksal der Deutschen im Kriegs- und Zivilgefangenen in den alliierten Ländern drängt. Die Franzosen hätten in der Kommission für Kriegsgefangene den deutschen Vorschlag zur Vorbereitung des Abtransportes der deutschen Gefangenen bitten aufzuheben, stets mit dem Bemerkens abgelehnt, daß sich 200 000 deutsche Gefangene auf dem Wege nach den zerstörten Gebieten befänden, um dort zum Wiederaufbau verwendet zu werden. Die Auffassung der Entente wäre daher unmöglich. An diesen Vorbehalt anknüpfend, erudete die deutsche Note den französischen Vorsitzenden um Befähigung dieser Erklärung und stellt fest, daß nach dem Transport der alliierten Kriegsgefangenen aus Deutschland kein Grund mehr vorliege, den Abtransport der schwerverletzten und kranken deutschen Gefangenen zu verhindern. General Ludant, der die Hauptpunkte der Note sofort den Oberkommandos der Alliierten zur Kenntnis zu geben verdrückt, legt eine Mitteilung über die Stellungnahme der alliierten Delegationen zu dieser Frage bis morgen an. Für die schwerverletzten deutschen Gefangenen werde er eine günstige Lösung erwirken. Hinsichtlich der allgemeinen Rückführung der deutschen Kriegsgefangenen halte er es jedoch für besser, in Deutschland bekannt zu geben, daß diese Frage wohl kaum vor den Vortriedensverhandlungen gelöst werden könne.

Die deutschereits auf Grund des Art. 6 des Waffenstillstandsabkommens verlangte Freigabe der verhafteten Direktoren Gerhards und des Prokuristen Martin Jätschke von der Weber Filiale der Südd. Diskontogesellschaft wird von den Franzosen abgelehnt. Beide seien bekannte Missetäter und als gefährlich für die öffentliche Ordnung und die Sicherheit des Heeres in Haft genommen worden. Ihre Aburteilung werde vor einem Zivilgericht erfolgen.

Nationalversammlung alle von der Revolution inzwischen geschaffenen Rechtsnormen ungültig würden oder wenigstens der nachträglichen Genehmigung der Nationalversammlung bedürftig. Wir führten ja schon aus, daß das in der Zwischenzeit geschaffene Recht auch wirklich Recht sei und staatsrechtlich nicht beanstandet werden könne. Selbstverständlich würde die Nationalversammlung im Stande sein, dieses Recht aufzuheben. Das ist aber nichts Außergewöhnliches, da eben die Nationalversammlung den Gesetzgeber der Revolutionszeit absetzt und als nunmehrige Trägerin der Gesetzgebungsgewalt das Revolutionsrecht ändern oder durch neues ersetzen kann, wie jedes ältere Recht. Die Juristen drücken dies mit dem Satze aus: lex posterior derogat priori.

Ist nun aber die Staatsgewalt der Nationalversammlung, als der Vertreterin des gesamten Volkswillens, eine volle und unbegrenzte, so braucht sie sich nicht auf die neue Verfassung zu beschränken, sondern kann auch im übrigen gleich selber den Gesetzgeber spielen. Sie kann also namentlich den Frieden genehmigen, den Beitritt des Reiches zu einem Völkerbunde beschließen und materielle Gesetze erlassen, namentlich neue Steuererlasse, deren das Vaterland so dringend bedarf. Das Gegenteil anzunehmen, nämlich die Aufgaben der Nationalversammlung auf die Verabschiedung einer neuen Verfassung zu beschränken, wäre ja auch widersinnig. Denn die neue Verfassung ist jedenfalls die höhere und größere Aufgabe, der gegenüber die materielle Gesetzgebung das geringere darstellt. Wer dem Volke eine Verfassung geben kann, muß auch berufen sein, bindendes materielles Recht zu schaffen. Alles in allem: die Gewalt der Nationalversammlung ist völlig unbegrenzt, sie allein ist es, die ihre Aufgaben zu bestimmen hat.

Natürlich steht es auch in ihrer Macht, sich einzuschränken. Von diesem Standpunkte aus wäre es denkbar, daß die Nationalversammlung durch eigenen Willensentschluß dazu käme, sich mit der Schaffung der neuen Verfassung zu begnügen und alles andere den endgültigen Organen des Reiches zu überlassen; letztere würden ja auch durch die neue Verfassung ins Leben gerufen werden: die neue Regierung, ein Staatenhaus u. namentlich der neu zu wählende normale Reichstag. Wir zweifeln aber, ob eine derartige Selbstbeschränkung der Nationalversammlung durchführbar wäre. Zunächst drängt der Friedensschluß. Er wird von unseren Feinden vielleicht deswegen hinausgeschoben, weil es nach ihrer Ansicht zurzeit, nämlich ohne Nationalversammlung, an einer zum Abschluß berechtigten Vertretung des deutschen Volkes fehlt. Ferner müßte es, wenn sich die Nationalversammlung auf die neue Verfassung beschränken sollte, möglich sein, letztere in ganz kurzer Zeit, etwa in zwei bis drei Monaten, zustande zu bringen, um dann schleunigst den neuen Organen des Reiches, namentlich dem neuen Reichstag, Platz zu machen. Denn lange könnte das Reich ohne fortschreitende innere Gesetzgebung, vom Friedensschluß ganz abgesehen, nicht bestehen. Eine derartige schnelle Arbeit der Nationalversammlung halten wir aber nicht nur für ganz undurchführbar, sondern für schlechthin gefährlich. Dafür ist die Aufgabe denn doch zu groß und gewaltig. Würde die rechte Mitte eingehalten werden zwischen der weltfremden Langsamkeit der Paulskirche und einer verhängnisvollen Ueberleitung. Eine Meisterhand wie die Bismarcks, der die alte Verfassung mit wuchtigen Schlägen betnabe über Nacht schuf, steht uns nicht zur Verfügung.

Man könnte an zwei Auswege denken. Entweder übertrüge die Nationalversammlung das Recht der Gesetzgebung bis auf weiteres den jetzigen Gewalthabern, also wieder den Volksbeauftragten und dem Zentralrat. Niemand wird diesen Ausweg für möglich halten. Die Nationalversammlung kann und darf nicht im Augenblick ihres Entstehens auf ihre Souveränität zugunsten der von ihr abgelösten Revolutionsgewalten verzichten. Oder die Nationalversammlung schufe zunächst eine provisorische Verfassung, die die sich aufdrängenden und unauflösbaren Hauptfragen löste, im übrigen aber die alte Verfassung als einstweilen fortbestehend bezeichnete. In ähnlichem Sinn haben sich bereits geäußert: Brandenburg, Bindung u. a. Darüber, was unauflösbar sei und was nicht, dürfte leicht Einigung zu erzielen sein. In das erste Gebiet gehört unseres Erachtens vor allem eine Bestimmung darüber, in welchen Händen in der Uebergangszeit die Gesetzgebungsgewalt und die Berechnung von Verträgen mit fremden Staaten liegen soll. Ferner die Wahl des Staatsoberhauptes und seine Befugnisse, die Bildung des Reichsministeriums, Festlegung gewisser Steuergrundsätze und einzelner staatsbürgerlicher Grundrechte, die von den Einzelstaaten nicht angetastet werden dürfen, wie des Rechtes auf Freiheit der Person und des Eigentums. Wogegen z. B. die so viel besprochene Ordnung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche getrotzt der endgültigen Verfassung überlassen werden könnte, soweit sich überhaupt das Reich hiermit befassen will. Auf diese Weise würde Zeit gewonnen, ein Werk zu schaffen, das das deutsche Volkehrt und ihm hilft, sein gebeugtes Haupt wieder zu erheben.

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 6 Seiten.

Die deutsche Republik.

Ebert über das Wahlergebnis.

(Eisener Drahtbericht.)
Berlin, 24. Jan. Der Volksbeauftragte Ebert hat den Vertreter der 'Nln. Ztg.' zu einer Unterredung empfangen. Dieser hat ihn über das Ergebnis der Wahlen der Nationalversammlung ausgesprochen. Herr Ebert entwickelte seinen Standpunkt in nachstehenden Ausführungen:

Das Ergebnis der Wahlen hat nachdrücklich unser Recht bestätigt, im Namen des Volkes die Regierung zu führen. Die sogenannten Nationalparteien haben nur kümmerliche Reste ihres Besitzstandes zu erhalten vermocht. Für sie ist diese erste und wichtigste Wahl wirklich zum Volksgericht geworden. Die Demokraten haben verhältnismäßig gut abgeköhnt. Es muß sich nun allerdings erst zeigen, ob sie wirklich zu einer neuen einheitslichen Partei geworden sind, die eine gemeinsame Weltanschauung trägt. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei ist das geblieben, was sie früher war, ein Gruppen. Ihre Ansprüche auf völlige Gleichberechtigung mit uns sind durch das Wahlergebnis in das richtige Licht gesetzt worden, das uns einmal wieder zeigt als für uns die deutsche Partei die Herren Reichsminister und Reichsrat, als schlechtesten abgeköhnt. Doch reicht unsere Stärke nicht zur alleinigen Übernahme der Regierung, sie wird aber so groß sein, daß tatsächlich nichts geschehen kann, was unseren Grundgedanken widerspricht. Dies gilt auch für die neu zu bildende Reichsregierung. Die Partei, die die Spitze mit uns teilen soll, muß sich bewußt sein, daß ein Zusammenarbeiten nur möglich ist, wenn es nicht nur in demokratischem, sondern auch in sozialistischem Sinne erfolgt. Von bürgerlicher Seite ist manches geschehen, was den Bürgerdacht begründet erscheinen ließ, als habe sie in der Nationalversammlung ein Mittel zur Rückwärtsbewegung. Solche Bestrebungen würden bei uns den beständigen Widerstand finden. Jeder Versuch, die alten Machtverhältnisse auch in wirtschaftlicher Hinsicht wieder aufleben zu lassen, wäre das Signal für neuen Umsturz und damit für eine Verlängerung der verfahrenen Zustände, die unser Wirtschaftsleben je länger je mehr untergraben müssen.

Die Vorbereitungen zur Nationalversammlung.

Werden in Weimar unter Leitung des Oberregierungsrats Schulz aus Berlin mit Hochdruck betrieben. Die unvollständigen Arbeiten beanspruchten die Umänderungen im Reichstheater, wo das ganze Ballett ausgetauscht wird, um die Ehe aus dem Reichstagsgebäude auszunehmen. Für die Telegraphen- und Telefonleitungen wird eine ganze Schule eingerichtet, um mit 250 Beamten unter Leitung eines Telephoningenieurs aus dem Reichspostamt bereit zu werden. In dem gleichen Gebäude, das in unmittelbarer Nähe des Nationaltheaters gelegen ist, soll eine Schutzgarde aus regierungstreuen Truppen untergebracht werden. Das Reichstheater ist bis auf die Privatzimmer des Großherzogs und die Domstube für die Reichsleitung belegt. Die Kommissionsberatungen werden in den Nebenräumen des Nationaltheaters stattfinden. Zur Unterstützung des drahtlichen Nachrichtenverkehrs wird eine funktentelegraphische Verbindung mit Berlin hergestellt. Abgeordnete und Pressevertreter werden zu gemeinsamen Maßregeln von der Stadt bereinigt werden.

Der Zentralkrat für die Pressefreiheit.

(Eisener Drahtbericht.)
Berlin, 24. Jan. Der Zentralkrat der sozialistischen Republik Deutschlands (ges. Leinert, Cohen) erläßt an die V. und S. M. die folgenden Aufrufe: In der letzten Zeit haben sich die Nachrichten über Eingriffe in die Pressefreiheit gemehrt. Die uneingeschränkte öffentliche Presse- und Meinungsfreiheit, für die die Arbeiterklasse jahrelang gekämpft hat, ist eine der wichtigsten Errungenschaften der Revolution, und diese Errungenschaft muß unbedingt geschützt werden. Der Zentralkrat fordert alle V. und S. M. auf, jeden Eingriff in die Pressefreiheit zu verhindern und sie, falls Gewalt und Willkür gegen sie angewandt werden, mit allen Mitteln zu bekämpfen. Der Zentralkrat hat von der Reichsregierung die Anwendung aller Mittel gefordert, um die uneingeschränkte Presse- und Meinungsfreiheit unbedingt sicherzustellen und ihr hierbei alle Unterstützung angedeihen zu lassen.

Ein Gelbbuch über unsere Kolonien.

(Eisener Drahtbericht.)
Berlin, 24. Jan. In einem im August 1918 erschienenen, aber erst im November 1918 nach Deutschland gelangten Manuskript über die deutsche Eingeborenenbehandlung in Südwestafrika wurde von der britischen Regierung Klage erhoben, die von der englischen Presse mit dem Ergebnis aufgenommen wurde, Deutschland sei unwürdig, künftige Kolonien zu besitzen. Auf diese ebenso widerliche wie unbedingte Angriffe antwortet jetzt das Reichskolonialamt in einer Gelbdruck-Broschüre über die Behandlung der Eingeborenen in den Kolonien Deutschlands und Englands, eine Erwiderung auf das englische Manuskript. Das Manuskript wird hier im wesentlichen als eine Tendenzschrift gekennzeichnet, die dem Zweck des englischen Imperialismus dienen soll. Fehler und grobe Entstellungen werden an zahlreichen Stellen nachgewiesen. Bei der Zusammenstellung der aus den verschiedenen über Eingeborenen herangezogenen Mitteilungen und Beschreibungen fehlt der vergebende Hinweis auf ähnliche Erscheinungen in den englischen Kolonien, wodurch der Glaube erweckt wird, daß nur in den deutschen Kolonien gefoltert wurde. Daß dies nicht der Fall ist, zeigt der dritte Teil der Denkschrift. Wer die Zusammenstellung ähnlicher Verhältnisse gelesen hat, wird demgegenüber die Anschuldigungen des Manuskripts als nicht zureichend empfunden und die aufgemerkte Frage: 'Ist England berufen, den Fehler in der Eingeborenenbehandlung zu spielen?' mit einem klaren Nein beantworten.

Der 'Vorwärts' und die Arbeitslosen.

Aus Franke, was jetzt getan werden müsse, um die Arbeitslosigkeit herabzumildern schreibt der 'Vorwärts'. Die einzige Möglichkeit, nubringend die gegenwärtige Lage liegenden Kräfte zu beschäftigen und die weiteren kolossalen Arbeitslosenzahlen durch Arbeitslosenunterstützung ohne Gegenleistung zu vermeiden, ist die Arbeitslosen zur Herstellung neuer Felder und Wiesen heranzuziehen und der Verbreitung des Nahrungsmittelelends des deutschen Volkes nutzbar zu machen.

Die bayerischen Landtagswahlen.

(Drahtmeld. unjeres Münchener Korrespond.)
München, 24. Jan. Heute mittags 12 Uhr wurde vom Ministerium des Innern das vorläufige Wahlergebnis der Landtagswahlen für Bayern rechts des Rheins bekannt gegeben. Danach sind zugeteilt: Der Bayerischen Volkspartei (Zentrum) 58 Sitze, der Deutschen Volkspartei (Deutsche Demokratische Partei) 22 Sitze, dem Bauernbund 15 Sitze, der Bayerischen Nationalliberalen Partei und der Mittelpartei 3 Sitze, der Sozialdemokratischen Mehrheitspartei 3 Sitze und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei 3 Sitze. Von bekannten Persönlichkeiten werden vom alten Zentrum wieder eingiechen der Fraktionschef,

Sauwächterleiter Geh. Hofrat Heinrich Held, Dr. Georg Heim und sein bekannter Mitarbeiter Dr. Schlitzenbauer. Ihnen wird sich anreihen der frühere Nationalliberal und Gründer der Reichspartei in Bayern Landdirektor Frhr. von Beckmann. Von den Mitgliedern der Deutschen Volkspartei seien genannt der städtische Direktor und Vertrauensmann der mittleren Vermögensschaft Josef Fehle, ferner der Würzburger Staatsrechtslehrer Dr. A. Biloth, Dr. Quibbe und Dr. Rius Dirx. Vom bayerischen Bauernbund wird der Riegeleiter Karl Gaudorfer wieder die führende Stelle einnehmen, der mit seinem verunglückten Bruder zusammen die Hauptstütze der Bayerischen Revolution gewesen ist. Von den Vereinigten Nationalliberalen und Mittelparteiern sei der Erlanger Theologieprofessor Dr. Straßmann genannt. Von den Mehrheitssozialisten sind, wie zu erwarten war, der Minister des Innern Auer, von den übrigen Ministern und höheren Beamten der neuen Republik der Minister für Justizminister Rimm und der Demobilisierungskommissar Segis wieder eingezogen. Von den Unabhängigen wird Kurt Eisner genannt, der sich nur mit Mühe in den Landtag gedrückt hat, obwohl er in 32 Wahlkreisen sich hätte aufstellen lassen.

Die polnische Sprache.

Die preussische Regierung gibt bekannt: Der Beschluß des Staatsministeriums vom 7. Februar 1893, nach welchem Personen, deren Muttersprache die polnische ist, grundsätzlich nicht als Beamte innerhalb der Provinzen Westpreußen und Posen, sowie des Regierungsbezirks Opatowitz anstellt, wird in diese Landesliste per se nicht aufgenommen, wird hierdurch aufgehoben. Dittich, Braun, Ernst.

Der Bergarbeiterstreik und seine Folgen.

(Drahtmeld. unj. Dresdener Korrespond.)
Dresden, 24. Jan. An den sächsischen Grubenbezirken treten jetzt sozialistische Streikbewerber auf. Der Oberbergmeister von Dresden erklärte den Stadtverordneten, wenn die heutigen Verhältnisse in den Kohlenruben fortdauer, werde nicht nur die Industrie, sondern alsbald auch die Brotbedürfnisse und der Gesamtverehr willkürlich. Die Stadt Dresden fördert die Kohlenbetriebe ein, um Kohlenlieferungen für die Haushaltungen auszumitteln.

Abwägen des obersteleischen Bergarbeiterstreiks.

(Eisener Drahtbericht.)
Dresden i. Oberl., 24. Jan. Nach achtstägiger Arbeitsruhe ist heute ein Abwägen des Streiks festzustellen. Nachdem seit gestern 64 Gruben noch 37 sich im Auslande befinden, ist heute die Zahl der Ausständigen weiter zurückgegangen. Bei einzelnen Gruben beträgt die Zahl der Arbeitenden 30-50%, und die Zahl der Ausständigen heute 15 000 gegen 30 000 gestern.

Badische Nationalversammlung.

Verfassungsausschuss.

(Eisener Bericht.)
Über die beiden ersten Sitzungen des Verfassungsausschusses der badischen Nationalversammlung, die am Donnerstag stattfanden, geht folgender Bericht aus:

Von einem Mitglied der demokratischen Fraktion wird vor Eintritt in die Einzelberatungen eine Erklärung gemittelt, wie weit die Kompetenz der badischen Nationalversammlung zum Erlaß einer Verfassung reiche, da die deutsche Nationalversammlung durch die allgemeine Verfassungsmäßigkeit und Berechtigung der Gliedstaaten endgültig zu bestimmen habe, so daß sie jederzeit die badischen Beschlüsse umzusetzen oder zu ändern in der Lage sei.

Unter allgemeiner Zustimmung erklärt der Minister, daß das Reich nach wie vor fortbestehe, daß von einem erneuten Beitritt Badens keine Rede sein könne, daß dies Reichsrecht vor Landrecht stehen müsse, daß andererseits aber ebenso wie Bayern bereits erklärt habe, daß es auf gewissen eigenen Grundrechten bestehen werde, auch die anderen Gliedstaaten eigene Verfassungen haben und nicht bloß als Selbstverwaltungsträger höherer Ordnung zu betrachten seien. Das Recht der deutschen Nationalversammlung, sicheres die Änderungen in dem Territorialbestand der Gliedstaaten vorzunehmen, sei unbestreitbar, gerade Lebensfortbestehen in seinem bisherigen Umfang sei jedoch gesichert. Die Vollerziehung halte zurzeit jede Variation für eine Änderung dieses Bestandes für unannehmlich, da sie anerkannt sei, schädliche Geentstände nachzurufen oder zu verhängen.

Allseitig stimmt man darin überein, daß es nötig sei, eine badische Verfassung, auch wenn sie später auf Grund der Reichsverfassung im einzelnen geändert werden müsse, möglichst rasch herausstellen.

Nachdem noch der Finanzminister einen kurzen Bericht über die Finanzlage gegeben, in dem er die Notwendigkeit betont hat, in Reich und Einzelstaaten rasch zu geordneten Verhältnissen zu gelangen, da die Gefahr bestehe, daß die Revolution auf einen Lohnbewegung ausarte ohne Rücksicht auf vorhandene und beschaffbare Mittel, tritt der Ausschuss in die Beratung der Finanzvorlage ein. Es wird beschlossen, ihr als Einleitende eine kurze geschichtliche Darstellung objektiver Art über die revolutionären Ereignisse, die auf der neuen Verfassung beruhen, herauszugeben. Ein Mitglied der Zentrumspartei beantragt, die Verfassung über Titel II der Vorlage über die Staatsbürgerlichen und politischen Rechte der Badener zu unterlegen, da solche Grundrechte doch in die Reichsverfassung gehören. Wenn sich in früheren Verfassungsrunden aufeinander geeinigt seien so rühre dies nur daher, daß bei deren Erlaß noch kein Reich vorhanden gewesen sei. Von sozialdemokratischer Seite wird dieser Auffassung widersprochen und die Verfassung auch diese Teile der Verfassung für unerschütterlich erklärt. Nachdem auch Minister der Zentrum und der demokratischen Fraktion betont haben, daß es jedenfalls wünschenswert sei, auch in diesen Fragen den badischen Ministern einen legitimen Gehör zu lassen, beschließen die badischen Nationalversammlung zu beschaffen, wird die Verfassung auch dieses Titels beschlossen.

Man tritt in eine allgemeine Beratung über die grundsätzliche Frage ein, ob an der Spitze der badischen Republik ein Präsident oder nur ein von Landbesitz bestimmtes Ministerium stehen solle. Ein Zentrumsmittglied hat einen Entwurf für eine Präsidialverfassung vorgelegt, daß eine reine Parteiverfassung auch einmal sich in der Verwirklichung fähig geltend machen könne, daß eine proportionale Zusammensetzung des Ministeriums nach der Stärke der Parteien auf die Dauer die Einheitslichkeit des Willens fördern werde, daß eine neutrale, vermittelnde und dem Landtag nicht verantwortliche Personlichkeit als Präsident zum Ausgleich erwünscht sei. Um ihm gegenwärtig Verfassung zu verschaffen, müsse man ihm noch andere unverantwortliche Vertreter überlegen. Die sozialdemokratische Partei erklärt, daß sie den Präsidenten ablehne, da Baden zu klein für einen solchen und sein Geschäftskreis zu gering sei. Sowohl die

demokratische wie die Zentrumspartei erklären, daß sie noch keine Beschlüsse in dieser Frage gefaßt haben. Das gleiche erklärt der Minister für die Finanzen, teilt aber mit, daß diese einmütigen Entwürfen auf die Bildung des Ministeriums nach dem Proportionalstem verachtet habe, da sich dieses als undurchführbar erwiesen habe, indem auch ein solches von der Mehrheit abhäniga bleibe. Von allen Seiten wird das aufstimmend zur Kenntnis angenommen, indem anerkannt wird, daß sich in der gegenwärtigen unruhigen Zeit die proportionale Zusammensetzung als vorteilhaft erwiesen habe. Ebenso wird von allen Seiten ausgedrückt, daß der Kostpunkt bei der Krone der Präsidentschaft keine Rolle spiele, da auch dem Ministerpräsidenten einer Republik gewisse Repräsentationspflichten obliegen werden.

An der Nachmittagskammer tritt der Ausschuss in die Beratung der einzelnen Paragraphen des Verfassungsentwurfs ein. Redaktionelle Änderungen beziehen sich teilweise auf den Sprachgebrauch — so wird z. B. das Wort 'Staatsanwaltschaft' durch 'Staatsanwalt' ersetzt —, teilweise auf eine andere Anordnung und Reihenfolge der Bestimmungen. Einkünfte und ohne Erörterung wird § 1, der Baden zu einer demokratischen Republik, die als selbständiger Bundesstaat einen Bestandteil des Deutschen Reiches bildet, annehmen. Ueber die Bestimmungen des § 2, daß die Ausübung der Staatsgewalt durch die stimmberechtigten badischen Staatsangehörigen erfolge, erhebt sich eine längere Aussprache, da dies unmittelbar nur für das Referendum alte, sonst aber die Ausübung der Verträge übertragen sei. Der Paragraph wird nach einer Umstellung der Sätze angenommen.

Eingebender Beratung werden die Bestimmungen des § 3 über die Stimmberechtigung unterzogen. Die sozialdemokratischen Mitglieder traten für die Verbeibaltung der Wahlfähigkeit mit dem 20. Jahre ein. Sie betonten besonders den erheblichen Wert dieser Bestimmung und die Unerschütterlichkeit, die eine Erhöhung des Wahlalters gegenüber den abgedienten Soldaten bedeute. Sie befürchteten einer Zurückdrängung eine starke Mindermeinung im Volke. Für die kommenden Monate sei die Verbeibaltung der 18jährigen Wahlberechtigung unbedingt erforderlich. Allseitig wird anerkannt, daß für alle jene, die gegenwärtig im Genuß des Wahlrechts sind, dieses erhalten bleibt und daß durch ein Lebensanwartschaft hierfür gesorgt werde. Dagegen betonten sowohl Redner des Zentrums wie der Demokraten, daß die bürgerliche Minderheit auch für die Wahlberechtigung entscheiden müsse. So lange diese im V.G.B. auf das vollendete 21. Lebensjahr festgesetzt sei, habe das auch für das politische Recht zu gelten. Daß sich beide nicht widerprechen sollen, wird auch von sozialdemokratischer Seite eingeräumt, eben deshalb auch eine Änderung des V.G.B. in Aussicht gestellt. Wegen die Stimmen der Sozialdemokraten wird schließlich die Altersstufe von 21 Jahren angenommen. Ebenso wird die Forderung eines sechsmonatigen Aufenthalts in Baden als Bedingung für die Ausübung des Wahlrechts bestimmt, aber durch die weitere Bestimmung ergänzt, daß ein sechsmonatiger Besitz des badischen Staatsbürgerrechts die gleiche Wirkung habe. Von Seiten der bürgerlichen Parteien war besonders auf den Mißbrauch der durch vorübergehende Verleugung des Wohnortes zu Wahlmännern, das Abstammensbündeln von Wahlbataillonen, getrieben werden konnte, hingewiesen worden. Sozialdemokratische Redner bestritten, daß dies nach Aufhebung der früheren Wahlgesetze noch bedeutsam sein könne. Ausdrücklich wird festgesetzt, daß für Kreis- und Gemeindevahlen die aldischen Bestimmungen wie für die Landtagswahlen gelten sollen.

Eine längere Aussprache entbrennt sich über den Antrag der demokratischen Fraktion, die Wahlpflicht einzuführen und ihre Verhängung unter Strafe zu stellen. Sowohl die Redner des Zentrums als auch die Sozialdemokraten erklärten sich hiergegen, teils weil es eine unannehmliche Neuerung sei, teils weil ein solcher Antrag das persönliche Verbleiben zu sehr einschränke, besonders aber, weil er praktisch unvollständig sei, eher Verbitterung hervorgerufen werde und eine Prüfung bedürftiger Sinderungsstände zu schweben liege. Demgegenüber wird von demokratischer Seite betont, daß gerade im Wahlmann ein demokratisches Prinzip, daß ein politisches Recht auch eine Pflicht einschlicke, zur Geltung komme und daß hieron eine erhebliche Wirkung zu erwarten sei. Auch der Vertreter der Deutsch-Nationalen Partei sprach sich in diesem Sinne aus. Man riefte sich unter Verlassung einer Straffestimmung auf den Satz: 'Die Ausübung des Wahl- und Stimmrechts ist eine allgemeine Bürgerpflicht'. Zu ausführlichen juristischen Erörterungen gab die Frage Anlaß, ob auch den Pflichtigen wegen zeitlicher Erkrankung Strafen angedroht werden solle. Nach genauer Prüfung aller möglicher meist eintretender Fälle, beschloß die Mehrheit, es bei dem Entwurfe, der ihnen das Stimmrecht beläßt, zu belassen. Die Parteistellung spielte hierbei natürlich keine Rolle.

In der Fortsetzung der Einzelberatung am Freitag vormittag wurde bei

§ 3 Abs. 4 ein sozialdemokratischer Antrag, das Alter der Wahlbarkeit, das nach dem Regierungsentwurf auf das vollendete 25. Lebensjahr festgesetzt ist, gleich dem aktiven Wahlalter mit 21 Jahren beginnen zu lassen, mit 14 gegen 7 Stimmen abgelehnt. In § 5, wonach alle Wahlen an geschickten Arbeitern stattfinden, wurde gegen die Stimmen eines Teils der sozialdemokratischen Vertreter die Worte angefügt: 'Ausgenommen die höchsten Stützpunkte'. In § 4 Absatz 2 lautet der Regierungsentwurf: 'Die badische Republik verwaltet ihre militärischen Angelegenheiten selbständig auf Grund besonderer Vereinbarungen mit dem Deutschen Reich'. Bei diesem Punkt kommt es zu einer längeren Aussprache, in der der parlamentarische Sozialdemokratische Seite oder demokratischer und sozialdemokratischer Seite entgegengezetret wird. Auf sozialdemokratischen Antrag werden einstimmig die Schlussworte dahin abgeändert, daß gesagt wird: 'Im Namen der Gesetze des Deutschen Reiches'. Dagegen wird ein demokratischer Antrag, das Wort 'Selbständig' zu streichen mit 14 gegen 5 Stimmen abgelehnt. Der Vertreter der Deutsch-nationalen Volkspartei hat sich bei diesen Abstimmungen der Stimme enthalten.

Bei § 6 wird ein demokratischer Antrag, nachträglich dem § 2 als Absatz 2 hinzuzufügen: 'Die Staatsgewalt beläuft sich in Gesetzgebung, Rechtspflege und Vollziehung' einstimmig angenommen. Im übrigen werden bei den §§ 6 und 7 unerhebliche redaktionelle Änderungen vorgenommen. Der § 6 Abs. 2, der von der Vorlesung der Volksinitiative und vom Volksreferendum handelt, wird an dieser Stelle getrichen.

§ 8 erhält folgende Fassung: 'Die Vollziehung wird ausgeübt nach der Verfassung durch das Volk, den Landtag und das von diesem berufenen Staatsministerium'. Bemerklich sei der Versuch des Zentrums, bei Beginn der Beratungen des zweiten Abschnitts des Verfassungsentwurfs, der von den Staatsbürgerlichen und politischen Rechten der Badener handelt, den

Eintritt einer Vertreterin der demokratischen Partei anstelle eines vorübergehend ausgetretenen Ausschussmitglieds als unzulässig zu bezeichnen. Das Vorgehen der demokratischen Partei hat sich streng im Rahmen des § 18 der Geschäftsordnung der Zweiten Kammer gehalten. Die Vertreterin wurde deshalb vom Ausschuss zugelassen.

Der Ausschuss kam dann zur Beratung des wichtigsten Abschnitts der Verfassung: der Staatsbürgerlichen und politischen Rechte der Badener. Der Ausschuss war sich darüber einig, daß in § 9 ausdrücklich hervorgehoben werden muß, daß auch die Frau dem Mann gleichgestellt ist. Der erste Satz des § 9 lautet demnach: 'Alle Badener ohne Unterschied des Geschlechts sind vor dem Gesetze gleich'. Sodann vertrat der Ausschuss die Weiterberatung auf Montag.

Aus den Parteien.

Eine neue sozialdemokratische Zeitung in Konstanz.

Die seit Beginn der Revolution in Konstanz erscheinende sozialistische Monatszeitschrift 'Der Volksstaat' teilt mit, daß die dortige Sozialdemokratie demnächst ein eigenes täglich erscheinendes sozialdemokratisches Parteiorgan erhalten werde. Leiter des 'Volksstaat' war das Mitglied der badischen Nationalversammlung Großmann.

Aus Baden.

Karlsruhe, 24. Jan. Während des Krieges war für eine große Anzahl berufstätiger in Kriegsangelegenheiten Anrathen Kriegsteilnehmer die Einrichtung der sogenannten Arbeitsbeschäftigungsgesellschaften getroffen worden. Da der Anlaß zu dieser vorwundtschaftsgerichtlichen Maßnahme durch die Erfüllung der Wehrpflicht aneben wurde und es sich in der Hauptsache um die Verwaltung kleiner Vermögen handelt, hat das Justizministerium im Einverständnis mit dem Finanzministerium angeordnet, daß in solchen Fällen von einer Gebührenerhebung künftighin abgesehen ist. Soweit Kosten bisher schon eingezogen sind, behält es dabei sein Bestehen.

Wilferdingen b. Durlach, 24. Jan. Während der Bahnarbeiter Valer mit einem Revolver hantierte, entlud sich die Waffe, und die Kugel drang dem 42-jährigen Mechaniker Adolf Gauk in den Unterleib. Der Verletzte, Vater von 5 Kindern, starb kurz darauf.

Pfittersdorf b. Rajstätt, 24. Jan. Traurige Bilder bieten sich hier ab, wenn die Mühsalige aus dem Elend durchkommen. Sie werden auf dem kürzesten Weg von ihrem Wohnsitze über dem Rhein an die hiesige Schiffbrücke gebracht und übergeben. Dann sind sie ihrem Schicksal überlassen. So kam an einem der letzten abende eine arme Familie hier an. Eltern mit sieben kleinen Kindern im Alter von einem halben bis 12 Jahren und einer hochbetagten Großmutter. Sie waren völlig mittellos.

Rehl, 24. Jan. Die bevorstehende feindliche Besetzung Rehls, die im Vollzuge der neuen Wehrmaßnahmen bedingungen erfolgen wird, hat zu den widersprechenden Gerüchten Anlaß gegeben. Um diesen entgegenzutreten, wird betont, daß es noch nicht feststeht, von welchen Truppen der Entente Rehl besetzt werden wird. Eine Besetzung werde mehrere Tage vorher angekündigt werden.

Offenburg, 24. Jan. Ein scharfer Verbrecher stand in der Ferien des schon oft bestrafenen Dienstknicken N. M. Schäfer aus Meßlingen vor der Strafkammer. Der Angeklagte hatte sich vor der Verurteilung und schwerer Diebstähle zu schulden kommen lassen. Unter Einrechnung anderer von vier württembergischen Landgerichten in den letzten Monaten ausgetragenen Strafen wurde Schäfer zu einer Gesamtaufkaufstrafe von 6 Jahren 9 Monaten verurteilt.

Freiburg, 24. Jan. In einem gefährlichen Zusammenstoß kam es in der Nacht zum 22. des. Ms. Eine Motte von 8 bis 9 Personen überfiel 2 Volkspolizeuten und verlor sie, ihnen die Gewehre zu entreißen. Ein hinzukommender Herr wollte den Volkspolizeuten beistehen, wurde dabei aber ebenfalls auf Boden gerissen und blutig angeschlagen. Dabei entlud sich ein Gewehr, wodurch ein Soldat verletzt wurde.

de. Wellingen, 24. Jan. Die Schwarzwälder Handelskammer hatte eine Zusammenkunft der Industriellen und Handwerker ihres Bezirkes einberufen, die sich mit der Verfassung an den noch im Laufe dieser Woche in Baden zu vergebenden 40 Verordnungen, 2000 Güterwagen und 48 Zugmaschinen befaßte. Die Aussprache stellte die Beteiligung und den Umfang fest. Die Schwarzwälder Handelskammer wird nunmehr auf Grund der gewonnenen Unterlagen an die Generaldirektion der Badischen Staatsbahnen herantraten — Schon wieder wurde hier ein Einbruch ausgeführt, bei dem aus dem elektr. Beleuchtungsapparat des Wählens ein Mann in der Wählkabine Schwadwurmartikel im Werte von 200 Mark gestohlen wurden. — In der Paar geht jetzt gestern früh 5 Uhr Schnee nieder.

Säckingen, 24. Jan. Die Hotel Diebstähle nehmen überall zu. Auch hier lagerte sich in einem Gasthof ein Soldat ein, der dann in der Frühe des andern Tages unter Mitnahme aller Gardinen, der Bettwäsche und Teppiche verwich.

Aus dem Stadtkreise.

Bisabend von Josef Peischer.

Wenn auch das Programm, das Josef Peischer wiederholt, mehr äußere als innere Werte aufweist, so war es direkt eine Notwendigkeit — man sah das im Laufe des Abends ein —, daß sich der neue Konzertmeister von der rein virtuellen Seite, die als harter Faktor in seiner Persönlichkeit mitschwingt, zeigen mußte, um eben als Konzertmeister beurteilt werden zu können. Es ist da ein feines, nicht nur geradezu reinvolles Domestiel in Peischers künstlerischem Wesen; ein heraus vornehmte sacre, bis zur Zurückhaltung überdeute musikalische Grundstimmung einest ihm, während er andererseits voll auf die Töne bebt, alle virtuoshaften Nuancen auch als solche zu betonen. Infolge der Nähe wird es sein, diese beiden gegensätzlichen Seiten in eine Einheit zu verschmelzen, alsdann ist, daß sie sich aneinander anlehnen, sich aufeinander stützen. Aber nicht die Grundstimmung mangesmal noch in allzu großer Höhe über und an gewissen Stellen wird ein früherer Effekt, acierisch-technischen Qualitäten aufsteigend, angedrückt, der nicht am Klabe ist. Und so entstehen — zwar nur vereinzelt — Momente, in denen Peischer von seinem sonst so sorgsam abgemessenen Stilgefühl verlassen wird, die nur Folge haben, daß der Aufbau einer Komposition nicht in antieiner Linie zu erkennen ist, sondern sich aus dem Empfinden ergeben über den die Größe der Darstellung verloren geht. Die Ursache im Verhältnis zu der Wirkung ist verstanden sein, und wie schon erwähnt, die Zeit, die vollständige künstlerische Reife mit sich bringt, wird darin die feste Reifezeit sein. Um ähnlich darf immer wie

Residenz-Theater.



Spielpläne für Samstag, den 25. bis einschl. Dienstag, den 28. Januar

Waldstraße Telephon 5111. Barbara Krafft Schauspiel in 4 Akten mit Eva Speyer. Wenn die Frau nicht kochen kann. Lustspiel in 3 Akten mit Poldi Müller.	Schillerstraße Ecke Goethestraße Haltestelle d. Straßenb. Die Nonne u. der Harlekin. Schauspiel in 4 Akten mit Lya Mara. Arthur Meiers Flitterwochen. Lustspiel in 3 Akten. Kaspar Hauser. Die seltsam geheimnisvolle Geschichte nach einer wahren Begebenheit in 4 Akten. Herr Josef Römer in der Titelrolle.	Durlach zum Grünen Hof. Der Flieger von Görz Dramatisches Filmspiel in 4 Akten mit Harry Liedke und Ellen Richter Eise als Detektiv Lustspiel in 3 Akten mit Eise Eckersberg.	Ettlingen Festhalle. Nur Sonntag, 26. Jan. bis 1/2 10 Uhr abends, nachm. von 3-5 Uhr große Jugendvorstellung. Das Frühlingslied Die Tragödie einer Erblindeten in 4 Akten. Der preisgekrönte Dackel Lustspiel in 3 Akten mit Rudolf EsseK.
--	--	--	--

Colosseum

Täglich abends pünktlich 1/2 8 Uhr das glänzende Spezialitäten-Programm
Sonntag, den 26. Januar 1919.
2 Vorstellungen 1/2 4 Uhr und 1/2 8 Uhr.

Freunden und Bekannten die frohe Nachricht, daß bei uns ein gesundes Mädchen angekommen ist.
Landesingenieur Konrad Lowes und Frau Lina, geb. Schlechter.
Königsberg i. Pr., im Januar 1919, Luisenallee 18.

Teehaus Rondellplatz
Angenehmstes Familien-Kaffee.
Täglich von 7 bis 10 Uhr
Künstler-Konzert.

Speisewirtschaft
Sofienstr. 73, Eingang Lessingstr. Tel. 5132
Von morgens 9 Uhr bis abends 9 Uhr täglich in altbewährter schmackhafter Zubereitung von prima Roßfleisch (eig. Schlachtung) zu billigen Preisen
Gulasch Sauerbraten
deutsch. Beefsteak mit Kartoffeln, Gemüse oder Salat
vorzügliche Fleischbrühe
Heute frischen Sauerbratenmagen und Fleischwürste.
Warmes Frühstück à 80 Pfg. Essen auch außer dem Hause zu jeder Tageszeit.
Ohne Fleischmarken
Meiner werten Kundschaft teile ich hierdurch mit, daß ich mein Geschäft wieder selbst führe und bitte um freundlichen Zuspruch. **Ad. Adler.**
Ohne Fleischmarken

Städtisches Konzerthaus.
Samstag, den 25. Januar 1919.
Samstagsmiete Nr. 17.
Die fünf Frankfurter.
Lustspiel in 3 Akten von Karl Rößler.
Anfang 7 Uhr. Ende nach 9 Uhr.
Spielplan vom 26. Januar bis 3. Februar.
Im Konzerthaus. Sonnt. 26., mittags 1/2 2 Uhr, zu ermäßigten Preisen „Alt-Heidelberg“ 70 Pfg bis 3 A 20 Pfg, abends 1/2 7 Uhr Sondervorst. „Cavalleria rusticana“, „Der Bajazzo“ 1/2 7-1/2 10. — Mont. 27. (Mo. 18) „Die Verschwörung des Fiesco zu Genua“ 1/2 6-1/2 10. — Dienst. 28. (Die. 19) „Liebe im Schnee“ 1/2 7-1/2 10. — Donnerst. 30. (Do. 19) „Als ich noch im Fließelkecke“ 7-9. — Freit. 31. (Fr. 18) „Der Bajazzo“, Cavalleria rusticana“ 1/2 7-1/2 10. — Samst. 1. Februar Schilervorstellung (3. m. Platzmiete) „Maria Stuart“ 6-1/2 10. — Sonnt. 2. Sondervorst. „Der Rosenkavalier“ 1/2 6-1/2 10. — Mont. 3 (Mo 19) „Maria“ 1/2 7-9. Im Landestheater in Baden-Baden. Mitw. 29. „Zar und Zimmermann“ 5-8.

F.C. Phönix (Phönix-Allemania) e. V.
Sonntag, den 26. Januar 1919, im Löwenrachen
Familien-Abend
mit auserwähltem Programm.
Beginn: pünktlich 1/2 7 Uhr.
Unsere Mitglieder werden hierzu mit der Bitte um volzzähliges Erscheinen eingeladen. Gäste willkommen.
Vormittags 11 Uhr: Spielerversammlung.
Der Vorstand.

Tanzunterricht.
Anfangs Februar beginnen weitere erstklassige Nachmittags- u. Abendkurse. Gefl. Anmeldungen an den Übungsabenden Dienstag- und freitag von 7-9 Uhr Gasthaus „Zur Rose“ am Mühlburger Tor.
Hochachtend **Alfred Trautmann,** Operettenchor und Lehrer der Tanzkunst.

Tanzlehr-Institut
H. Volrat, Belfortstraße 8 bei Leopoldstraße.
Beginn Nachmittagskurse.
Einzelunterricht — Nachmittags- u. Abendkurse. Gefl. Anmeldungen erbeten.

Daniels Konfektionshaus
Wilhelmstr. 34, 1 Tr.
Peize Muffe
zu billigen Preisen.
Krisensanleihe wird in Zahlung genommen.

Frische Seefische
Schellfische mittel Pfund 1.75
Kabeljau I Pfund 1.50
Kabeljau II Pfund 1.35
Hermann TIETZ

Gramola
Apparate für künstlerische Hausmusik. Aufnahmen aller ersten Künstler und Orchester.
Deutsche Grammoph.-A. G. Karlsruhe Kaiserstr. 176
Verkaufsstelle: Karlsruhe Ecke Hirschstr.

Emalle-Geschirre
werden dauerhaft repariert (nicht gelötet)
Geschirre-Reparaturanstalt Körnerstraße 38 im Hof. Telephon 1421.

Raninchen
Sahnen
Suppenhühner
Kablian
Stoßfische
Hofl. W.ENZ
Karlstr. 12 — Tel. 454.

Der aus aut. Familie, sucht weiches Ansehen mit jünger, gemüth. Dame, ev. auch Witwe od. Kind in briefl. Verkehr zu treten. Photogr. erwünscht. Angebote unter Nr. 6788 ins Taubblattbüro erbeten.

für meine Schweltern, 28 bzw. 25 Jahre alt, evana, sehr hübsche Erscheinungen, von tadell. Rufe, aus aut. Familie, vielfach gebildet, die mehrere musikalisch, denen es an Beredsamkeit, fehlt, aber abid, deren in sich. Lebensstella. u. aus aut. Familie als Lebensgefährtin. Mitgift je 30 000 M., später bedeut. mehr. Meine Schw., seit lang. als Auwendit. u. Schulpfleger, beruflich tätig, würd. sich befand, als Gehilfinn. v. Verat., Leitern v. Kinderfanator. od. Erziehungsanstalt, eigenen. Distret. selbstverständlich. Gefl. Mitteil. mit Photographie unter Nr. 6612 ins Taubblatt.

Referentoffizier der beitt. Waffe aus sehr aut. Fam., 30 J. alt, farb. stattl. Erschei. und tadelloser Veranagenheit, 20 000 M. Barvermög. u. später ca. 60 000 M. wünscht
Einheirat
in Fabr. od. arch. Gut m. solid. Grundl., da durch die polit. Umwälz. zum Berufswech. aem. Damen od. deren Angeh., die wie ich nur in Eemangel. jed. gesellschaftl. Verkehrs die. Wea wähl., bitte ich um vertrauensvolle Aufschrift durch das Taubblatt, unt. Nr. 6745 u. unt. Darlegung der Verhältn. m. Bild, das fot. ausdrückend wird. Gegenseitige Vertraulichk. Ehrenf. Anonym awedf.

Geschäftsempfehlung.
Den titulierten Herrschaften sowie meiner werten Kundschaft von Karlsruhe und Umgebung bringe ich mein
An- und Verkaufs-Geschäft
in getragenen Herren-, Damen- und Kinderkleidern, Bett- u. Leibwäsche, Schuhe, Stiefeln, Koffer u. Handtaschen aller Art in empfehlender Erinnerung und bitte, mir das frühere Wohlwollen auch für die Zukunft gütigst bewahren zu wollen. Achtungsvoll
Georg Streckfuß
Leopoldstr. 2a, nächst dem Kaiserplatz.

Bilanz-Aufstellung
Steuer-Erklärungen
Beschaffung von Kapitalien
übernimmt
F. W. Wörner, Kaufm. Sachverständiger
Fernsprecher 3024 Karlsruhe Akademiestr. 13.

Karlsruher Fußballverein
E. V.
Unter dem Protektorat Sr. Großherzogl. Hoheit des Prinzen Maximilian von Baden.
Jeden Mittwoch von 1/2 3 Uhr ab Übungsspiel auf dem Spörplatz an der verlängerten Moltkestraße.
Jeden Mittwoch abend Zusammenkunft am Bierisch im Moninger.
Fr. itag, 7. Febr. 1/2 8 Uhr: Mitgliederversammlung i. Moninger (Konkordiasaal). Die Mitglieder werden um volzzähliges Erscheinen gebeten.
Der Vorstand.

Unterrichten
Private-Unterricht
in
Maschinenschreiben
Stenographie
Schönjahren
erteilt bei schneller, gründlicher Ausbildung, bestem Erfolg u. mählig. Bezalen
Angebote unter Nr. 6788 ins Taubblattbüro erbeten.
Lehrer Strauß
Kronenstr. 15 III.

Junge Damen
Suppenhühner
Enten
stets frisch
Herrn. Munding
Kaiserstraße 110.

Kaiser-Kino, Kaiserstraße 5.
Ab heute **Die große Ueberraschung für Karlsruhe** Ab heute
Persönliche Gastspiele.
Minx
der Mann mit der schwarzen Maske.
Das Rätsel der Gegenwart.
Wer ist „Minx“?
„Minx“ ist der Hauptdarsteller einer sensationellen Detektivserie.
„Minx“ ist von 1000enden schon im Film bewundert worden.
„Minx“ verrät die geheimsten Gedanken seiner Mitmenschen.
„Minx“ löst alle ihm vom Publikum gestellten Experimente auf dem Gebiete der Gedankenübertragung.
„Minx“ tritt in jedem Programm persönlich auf und verblüft das Publikum stets aufs Neue.
Ab heute bis **Dienstag, den 28. Januar 1919**
„Minx“ Kriminalrekord!
Der mysteriöse Mord!
Diese Glanzleistung „Minx“ bildete in Essen, Bochum, Düsseldorf, Gelsenkirchen, Wiesbaden usw. wochenlang **das Tagesgespräch.**
Außerdem das glänzende Filmprogramm.
Das Gift der Odawara. | **Die Dame im Schaufenster.**
Drama in 4 Akten. | Lustspiel in 3 Akten.
Wenn Platz vorhanden. | **Danny Kaden u. Erich Schönfelder.**
Erhöhte Eintrittspreise! | **Erhöhte Eintrittspreise!**
Infolge des zu erwartenden starken Andrangs zu den Abendvorstellungen wird gebeten, die Nachmittagsvorstellungen zu besuchen.
Die Direction.

Kaffee Röderer
Ecke Zähringer- und Waldhornstraße.
Eigene Konditorei im Hause.
Jeden Abend sowie Sonntag nachmittag
Künstler-Konzert
Um geneigten Zuspruch bittet: **Emil Röderer, Konditormeister.**

Bekanntmachung.

Den Verkehr mit Kraftfahrzeugen betreffend. Die Gültigkeit der von dem Ministerium für militärische Angelegenheiten...

Bekanntmachung.

Die Bürgermeistereiwahl in Büchig betreffend. Bei der am 18. Dezember 1918 in Büchig vorgenommenen Bürgermeistereiwahl...

Bekanntmachung.

Maul- und Klauenfunde betreffend. Die Maul- und Klauenfunde im Stalle des Theodor Bergold in Mühlheim...

Bekanntmachung.

Maul- und Klauenfunde betreffend. Die Maul- und Klauenfunde in der Gemeinde Dürmersheim, Amt Rastatt...

Bekanntmachung.

Die Bekämpfung der Maul- und Klauenfunde. Nachdem in dem Stalle des Ludwig Bofa, Schuhmacher in Mühlheim...

Bekanntmachung.

Die Kontrolle demobilisierter Militärpersonen. Nach Anordnung des französischen Oberkommandos sind die Gemeinden...

Voranschlag der israel. Gemeinde Karlsruhe für 1919.

Nr. 60. Der Voranschlag unserer Gemeinde für das Jahr 1919 nebst allen dazu gehörigen Beilagen liegt von Sonntag...

Deutsche Demokratische Partei.

Politischer Einführungskurs für Frauen. Am 28., 29. und 30. ds. Mts., abends 8 Uhr...

Grundlagen der Außenpolitik wiederholen. Anmeldungen nimmt entgegen die Frauenabteilung...

Trennung von Staat und Kirche?

Öffentl. relig. Vortrag am Sonntag, den 26. Januar, abends 5 Uhr, im Vortragssaal...

Die Einwohnerschaft des Landgerichtsbezirks Karlsruhe

wird gebeten zu den von ihr vor dem Krieg beschafften Rechtsanwältinnen...

Ignaz Ellern Bankgeschäft

Gegründet 1881 Karlsruhe Friedrichsplatz 10 Tel. 369 u. 568 :: Stahlkammer ::

Mitbürger!

Heraus zum Protest! Samstag, den 25. Januar ds. Jrs., abends 8 Uhr, im großen Saale der Festhalle

Volks-Versammlung.

Thema: Protest gegen die fortgesetzten Vergewaltigungen des deutschen Volkes durch die Entente. Mitbürger, Mitbürgerinnen, erscheint in Massen...

Arbeiterchutzkleider

50-600 Stück, läßt die Stadtverwaltung sofort anfertigen, Stoff und Faden werden gestellt. Karlsruher, den 22. Januar 1919.

Kur- und Badelebens. empfohlen für den verehrlichen Bade- und Hotelbesuchenden, Sanatorien, Pensionen, Kaffees etc. Karlsruher, den 22. Januar 1919.

Bekanntmachung.

Die Inhaber der im Monat Juni 1918 unter Nr. 8857 bis mit Nr. 8860 ausgetheilten...

Arbeitsstellen

Zu vermieten eine Wohnung mit 3 Zimmern, 8 von 8 Räumen...

Unmöbliertes, mittelgroßes, beheiztes Zimmer mit Gas...

Miet-Gesuche

3 Zimmerwohnung sofort evtl. 1. April gesucht. Angeb. an Nr. 6748 ins Taubblattbüro...

Zu mieten gesucht. 3 bis 4 Zimmerwohnung auf 1. März oder April...

Zu mieten auf. 2 bis 3 Zimmerwohnung v. 3. April. Angebote unter Nr. 6712 ins Taubblattbüro...

Minderloftes Ehepaar sucht auf 1. April schöne 3 bis 4 Zimmerwohnung mit Gas...

Zu vermieten. 2 Zimmer u. Küche in gutem Hause, möglichst unmöbliert...

Schöner Laden der Natur von einem Friseurgeschäft betrieben wird...

Zirkel 30. gr. Keller mit Auszug für Weinhandlung oder Abbl. Wäsche...

Lagerraum

vermögl. sauber, möglichen Erbschafts, im Zentrum der Stadt...

Zimmer. 2 schön möbl. Zimmer, Wohn- u. Schlafz., sind an soliden Herrn...

Zu vermieten. 4 Zimmer-Wohnung auf 1. April zu tauschen. Angebote unter Nr. 6349 ins Taubblattbüro...

In schöner Lage eine 5 Zimmerwohnung auf 1. März zu mieten gemöbl. Angebote unter Nr. 6670 ins Taubblattbüro...

Zweikampf.

Roman von Marianne Westerkind. (72) Nachdruck verboten.

Freia besann sich weder auf das „Du“, noch auf so schwärmerische Vertraulichkeit, doch ihre spröde Antwort...

zwingen könnte! Wie er ritt gegen Not und Tod, so ging sie in den Kampf mit Leuten...

„Ich bin der Meinung, wir geben dir noch etwas mehr als nur die Gelegenheit zu dieser Betätigung.“

Kindchen! — Mein Vater muß und wird noch einmal zu dir kommen, trotz seiner 74 Jahre...

(Schluß folgt)

